

PRESSEMITTEILUNG

# Kommunen in Baden-Württemberg profitieren vom Corona-Hilfspaket

**Die Städte, Gemeinden und Kreise in Baden-Württemberg erlebten durch die Corona-Krise einen starken Steuereinbruch. Erstmals seit 2010 entstanden wieder Haushaltsdefizite. Durch die Finanzhilfen von Bund und Land sowie hohe Rücklagen wurden Haushaltskrisen vermieden. Trotz Corona-Krise erreichten die Investitionen neue Spitzenwerte.**

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die Kommunen Baden-Württembergs im Jahr 2020 finanziell belastet. So brach die Gewerbesteuer ein und entstanden hohe Mehrkosten in der Pandemie-Bekämpfung. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. Durch ein historisches Hilfspaket von Bund und Land konnten flächendeckende Haushaltsnöte abgewendet werden. Abgeschirmt von den finanziellen Schäden konnten die Kommunen ihre Investitionen weiter aufstocken. Die Hartz-IV-Ausgaben blieben auf geringem Niveau. Kassenkredite existieren nicht. Positiv wirkten die mit über 12 Milliarden Euro sehr hohen Rücklagen vor der Krise.

## **Rückgang der Gewerbesteuer um 800 Millionen Euro**

Die Krisen trafen die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. Der größte Effekt war der Rückgang der konjunktursensiblen Gewerbesteuer. Aber auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste auf. Der Rückgang der Gewerbesteuer verlief zwischen den Städten je nach Wirtschaftsstruktur sehr unterschiedlich. „Die Stadt Stuttgart zum Beispiel verlor im Jahresvergleich über 100 Millionen Euro“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie. Grundsätzlich ist die Steuerkraft der Gemeinden in Baden-Württemberg seit jeher im Ländervergleich hoch.

## **Starker Anstieg bei kommunalen Investitionen**

Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. Die Investitionen setzten den mehrjährigen Wachstumstrend fort und stiegen um über 20 Prozent zum Vorjahr. Seit jeher verzeichnen die baden-württembergischen Kommunen bundesweit mit die höchsten Investitionen. Je Einwohner sind sie zweieinhalb Mal höher als im Saarland. Nur in Bayern liegen sie noch höher. „Investitionen in die Infrastruktur heute sind die Wirtschaftskraft von Morgen. Baden-Württemberg setzt sich weiter vom Durchschnitt ab“, sagt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung.

## **Hartz-IV-Ausgaben weiterhin gering**

Trotz des wirtschaftlichen Rückgangs im vergangenen Jahr sind die Ausgaben der baden-württembergischen Kommunen für die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich gestiegen. Im Ländervergleich ist die Belastung aus Hartz-IV je Einwohner nur in Bayern geringer. Der Bundesdurchschnitt liegt um die Hälfte höher. Allerdings ist die Spannweite im Land groß. In Mannheim sind die Ausgaben je Einwohner sechs Mal höher als im Hohenlohekreis. Auch Stuttgart und Pforzheim fallen mit höheren Werten auf. „Armut ist tendenziell ein Großstadtproblem“, erklärt Witte diese Entwicklung.

### **Kassenkredite sind unbekannt**

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Die Kassenkredite lagen Ende 2020 bundesweit bei 31 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon entfallen auf die Kommunen Nordrhein-Westfalens. In Baden-Württemberg war auch 2020 kein wesentlicher Anstieg zu beobachten. Kassenkredite sind nahezu unbekannt.

### **Bund-Länder-Hilfsprogramm bringt 1,9 Milliarden Euro Steuererstattung**

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurden sie größtenteils durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Auf die baden-württembergischen Kommunen entfielen dabei fast 1,9 Milliarden Euro; nach Hessen und Bayern der höchste Betrag. Da die Rezession milder verlief, als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des „Solidarpakts Ost“ 2020 auslief. „Die baden-württembergischen Gemeinden haben rund eine Milliarden Euro mehr an Erstattung für die Gewerbesteuer erhalten, als sie letztlich verloren“, sagt Geißler.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Baden-Württemberg bedeutete das im vergangenen Jahr rund 300 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhält zum Beispiel die Stadt Mannheim infolge ihrer Sozialstruktur über 20 Millionen Euro jährlich.

### **Ausblick stabil**

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Da die Ausgaben weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen, werden einige Kommunen in finanzielle Engpässe geraten. Das größere Problem für die Kommunen Baden-Württembergs ist jedoch die globale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. „Tatsächlich hat sich die Konjunktur schon vor Corona spürbar abgekühlt“, so Geißler.

### Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

[www.kommunaler-finanzreport.de](http://www.kommunaler-finanzreport.de)

**Unsere Ansprechpartner:innen:** **Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030**  
**E-Mail: [kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de](mailto:kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de)**

**Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142**  
**E-Mail: [rene.geissler@th-wildau.de](mailto:rene.geissler@th-wildau.de)**

---

**Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.**

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

**Weitere Informationen:** [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)